

Beamten bedroht zu fühlen. Vielleicht sollte das nicht überraschen angesichts der Tatsache, daß die tiefverwurzelte konservative Tradition so lange nicht herausgefordert wurde. Die Tradition sitzt so tief, daß sich der falsche Glaube, Frauen seien nicht so gut wie Männer, verbreitete – ein Glaube, der sogar unter einigen aus der gebildeten und urbanen Klasse verbreitet ist.

Die Isolierung vom Rest der Welt ist ein weiterer Faktor, der diesem Konservatismus Vorschub leistete. Die 25 Jahre der Isolation bedeuteten nicht nur, daß materielle Güter Kambodscha nicht erreichten. Ideen und Denkschulen waren ebenso ausgeschlossen. Als also der Rest der Welt die Frauen-Fragen diskutierte und von dem Konzept "Frauen und Entwicklung" zum Konzept "Frauen in Entwicklung" und dann zu "Geschlecht in Entwicklung" kam, war Kambodscha nicht dabei. Es ist daher nicht überraschend, daß Konzepte wie Ungleichheit in der Machtverteilung oder beim Entscheidungsprozeß für so viele Ohren von

kambodschanischen Beamten fremd klingen.

Kambodschas Entwicklungsstrategien – soweit sie Frauen betreffen – sind 20 Jahre im Rückstand im Vergleich zum Rest der sich entwickelnden Welt. Als Ergebnis dieser Unterentwicklung leidet die ganze Nation, und die Bürokraten (meist Männer) zögern, bei der Übernahme neuer Entwicklungsstrategien, die den Bedürfnissen der Frauen entsprechen.

Internationale Hilfsorganisationen, die in den letzten 15 Jahren in Kambodscha arbeiteten, sind zum Teil mit dafür verantwortlich, daß Kambodscha von den geschlechtssensiblen Strategien abgeriegelt wurde. Einige Organisationen bestehen darauf, daß sie es versucht hätten, aber ich bin der festen Überzeugung, daß sie es nicht stark genug versucht haben. Ich hoffe, daß all die Geldgeber diese Tatsache zur Kenntnis nehmen und Frauen in den Mittelpunkt ihrer augenblicklichen und zukünftigen Projekte stellen, um einige der oben genannten

Probleme zu beheben, und darauf achten, daß ihre Beiträge von Dauer sind.

Es ist offensichtlich, daß Mitglieder der königlichen Regierung und Entwicklungsarbeiter eine umfassende Ausbildung in der Geschlechterfrage erhalten müssen. Geschlechtersensibilität ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, wenn Kambodscha sich entwickeln, eine Ära der Modernität erleben und wenn ein neues Kapitel in den kambodschanischen Geschlechterbeziehungen entstehen soll.

Boua Chanthou

Die Verfasserin schreibt seit 1980 über Frauen in Kambodscha. Sie ist z.Zt. Beraterin des Staatssekretariats für Frauenfragen und Mitarbeiterin von CDRI. Der Artikel gibt ihre persönliche Meinung wieder und wurde unter der Überschrift "Grim picture of women's lot" in der Phnom Penh Post vom 19.5.95, S. 16, veröffentlicht. Übersetzung von Peter Franke.

NACHRICHTEN

KAMBODSCHA

Gesprächsangebot der Khmer Rouge abgelehnt

Vertreter der Regierung in Phnom Penh lehnten Anfang August erneute Friedensgespräche mit den Khmer Rouge (KR) ab. Der Außenminister der KR-Regierung, Chan Yuran, hatte über Rundfunk dazu aufgerufen, die Probleme Kambodschas durch Verhandlungen in Phnom Penh zu lösen und den Krieg zu beenden. Co-Verteidigungsminister Tea Banh (CPP) erklärte dazu, es gebe keine Veranlassung zu Verhandlungen zu diesem Zeitpunkt. Die KR sollten sich bedingungslos ergeben.

Während der letzten Monate hatte die Regierungsarmee die KR mit einer Großoffensive im Nordwesten des Landes massiv unter Druck gesetzt (vgl. SOAI 2/95). Die KR konnten ihrerseits den strategisch wichtigen Ort Treng, 40 km westlich von Battambang, zweimal zeitweilig einnehmen, zerstören und verminen. Nahe der thailändischen Grenze konnten die KR einen Angriff der Regierungsarmee abwehren, wobei erstmals etwa 165 Soldaten Phnom Penhs Zuflucht auf thailändischem Territorium suchen mußten.

vgl. IHT 11.8.95; PPP 11.8.95; BPW 14.7.95

Mehr Geld für die Staatsführung

Die Premierminister Rana-riddh und Hun Sen unterzeichneten Ende Juli ein Dekret, das zusätzliche Vergütungen für die staatlichen Spitzenfunktionäre vorsieht. Danach erhalten zum Beispiel der erste Premierminister 1470 \$ und ein Minister 840 \$. Der Monatslohn des Premiers beträgt offiziell etwa 70 \$, der eines Ministers 40 \$. Während die Mitglieder der National-

versammlung ihre Diäten bereits auf 1.8000 \$ erhöht hatten, sollen die Regierungsangestellten niederen Ranges bis zu einer Verbesserung der ökonomischen Lage ohne Gehaltsaufbesserung auskommen. Staatssekretär Prak Sok (700 \$ zusätzliche Vergütung) glaubt, daß dies in etwa drei Jahren der Fall sei. Einfache Regierungsmitarbeiter erhalten circa 15 bis 20 \$.

vgl. PPP 5.8.95

Regierungssoldaten verüben 90 % der Morde

In der Provinz Battambang werden nach Schätzung des Chefrichters Nil Non 90% der bekanntgewordenen Morde von Regierungssoldaten verübt. Bei seinem Amtsantritt Anfang 1994 habe es 1.000 ungelöste Fälle gegeben; inzwischen seien 700 weitere hinzugekommen. Die meisten Verbrechen passierten in ländlichen Distrikten, in denen es auch Kämpfe mit den KR gebe. Viele Verbrechen würden von Regierungssoldaten

verübt, die jedoch ihrerseits die KR bezichtigten. Das Gericht sei massiven Drohungen durch Armeeinghörige ausgesetzt.

Auch aus anderen Provinzen werden Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen seitens Polizei- oder Militärangehöriger berichtet. Dorfbewohner aus der Provinz Kampot seien teilweise in die von den KR kontrollierten Gebiete geflüchtet.

vgl. PPP 28. 7., 11.8.95

UNO: 1 Mio zusätzliche Tote unter Pol-Pot-Regime

Unter der Herrschaft der KR sind zwischen 1975 und 1979 vermutlich eine Million Menschen über die natürliche Sterberate hinaus ums Leben gekommen. Dies erklärte Vincent Fauveau, ein ranghoher UNO-Demograph Anfang Juli. Nach Ende der KR-Herrschaft habe es etwa 5,5 Mio Einwohner in Kambodscha gegeben. Insgesamt gebe es für 1975-79 eine Diskrepanz von 2 Mio Einwohnern; hierin seien jedoch die natürlichen Todesfälle und die Flüchtlinge enthalten.

Internationale Experten gehen überwiegend davon aus, daß unter dem Pol-Pot-Regi-

me 1 Million Kambodschaner durch Exekution, Krankheit oder Hunger starben.

Fauveau, der für den UN Fund for Population Activities arbeitet, kündigte für 1998 eine UN-Volkszählung in Kambodscha an, die erste offizielle seit 1962. Nach einem UNO-Bericht leben zur Zeit 10,4 Mio Menschen in Kambodscha, darunter 54% Frauen und ca. 50% unter 17 Jahren. Trotz der höchsten Sterberate der Region werden 12 Mio Einwohner für das Jahr 2000 prognostiziert (jährliche Zunahme: 275.000).

vgl. PPP 14.7.95

Kurzmeldungen

US-Außenminister Warren Christopher sicherte Anfang August bei einem **Besuch in Phnom Penh** weitere 12 Mio \$ Entwicklungshilfe für Kambodscha zu. Es war der erste Besuch eines US-Außenministers seit 40 Jahren. (SZ 5.8.95)

Hun Manot, **Sohn von Co-Premier Hun Sen**, wurde an der **US-Militärakademie in West Point zur Ausbildung aufgenommen**. Er wurde als Bürger einer befreundeten Nation vom US-Botschafter nominiert. (FEER 22.6.95)

Kambodscha erhält **Beobachterstatus bei ASEAN**. Ein entsprechender Vertrag wurde im Juli ratifiziert. Phnom Penh strebt eine spätere Vollmitgliedschaft an. (BPW 7.7.95)

Trotz Verbots wird weiterhin **Tropenholz aus Kambodscha** exportiert. Die Londoner NGO Global Witness belegte allein für die erste Maiwoche Holzlieferungen im Umfang von 18.000 Kubikmetern. Die meisten Exporte gingen vom Hafen Kompong Som aus. Auch die KR exportierten weiterhin Holz nach Thailand. (BPW)

Angkor-Bier soll nach **Deutschland, Frankreich** und in die **USA** exportiert werden. Die 1992 gegründete Brauerei Angkor Beer Ltd. produziert bisher 30 bis 35 Mio Liter im Jahr. (SZ 7.8.95)

Eine **kambodschanische Fußballnationalmannschaft** wird an den Südostasienspielen im Dezember teilnehmen. Das Team wird mit 50.000 \$ von Marlboro gesponsert; adidas stellt die Trikots. In den 60er Jahren hatte Kambodscha eine der besten Mannschaften Asiens. Heute gibt es 6 Profis im Ausland. (PPP 28.7.95)

Proteste gegen Sam Rainsys Ausschluß aus dem Parlament

Am 22. 6. wurde der frühere Finanzminister Sam Rainsy aus dem kambodschanischen Parlament ausgeschlossen, nachdem er bereits im Mai aus seiner Partei FUNCINPEC entfernt worden war. Premierminister Ranariddh unterstützte den Ausschluß des populären Regierungskritikers. Der Parlamentsausschluß wurde damit begründet, daß nur Parteimitglieder einen Sitz in der Nationalversammlung innehaben könnten. Rainsy, der 1993 in Siem Reap gewählt worden war, betrachtet seine Entlassung als illegal. Ein gewählter Abgeordneter sei als Vertreter des gesamten Volkes anzusehen.

Bedenken gegen Rainsys Ausschluß wurden von der

US-Regierung, Australien, dem britischen Oberhaus sowie von König Sihanouk zum Ausdruck gebracht. Rainsys sieht den Ausschluß ebenso wie ausländische Beobachter als Zeichen dafür, daß Opposition gegen die Regierungspolitik nicht mehr toleriert werden soll. Rainsy befürchtet, daß er durch den Verlust seiner parlamentarischen Immunität zusätzlich eingeschüchtert werden soll. Er sei bereits im letzten Jahr mehrfach bedroht worden. Sogar Ranariddh habe öffentlich vermerkt, daß Rainsys Frau bald eine Witwe werde.

Ranariddh hält seinem Widersacher vor, er verbreite Unwahrheiten, um die öffentliche Meinung im In- und

Ausland in die Irre zu führen. Im Gegensatz zu Ranariddh und Co-Premier Hun Sen nahm Parlamentspräsident Chea Sim die internationale Kritik zum Anlaß, sich erneut zu einer liberalen Mehrparteiendemokratie mit internationalen Normen und Menschenrechten zu bekennen. Einige Beobachter sehen einen neuen Liberalismus bei jenem Teil der CPP, die mit dem bisher als Hardliner bekannten Chea Sim verbunden ist, während Hun Sen und seine Anhänger weiterhin mit Verbreitung von Angst das Land beherrschen wollten.

vgl. AW 7.7.; PPP 30.6.; 28.7.; FEER 6.7., 8.6.

ai: Weitere Verschlechterung der Menschenrechtssituation

Amnesty International hat der Regierung in Phnom Penh vorgehalten, zunehmend intolerant gegenüber Kritik an der Regierungspolitik und den Ministern zu sein. Seit der letzten ai-Stellungnahme im März habe es keine Verbesserung der Situation gegeben. Als erneuten Schritt zurück verurteilte ai die Festnahme und Folterung von vier Leibwächtern des aus dem Parlament entlassenen ehemaligen Ministers Sam Rainsy. Die vier Männer seien 16 Stunden lang von bis zu 30 Soldaten verhört worden, um sie zur Aussage zu bringen, Rainsy habe Ver-

bindungen zu den Khmer Rouge. Verteidigungsminister Tea Banh bestritt die Vorwürfe. Amnesty fordert die Beendigung der Einschüchterung von Journalisten und Politikern sowie die Untersuchung der Vorwürfe.

In einer weiteren Erklärung protestierte ai Ende August gegen die Verhaftung von 6 Kambodschanern in Phnom Penh. Die Festgenommenen hätten Flugblätter verteilt, auf denen die Regierung antidemokratisch und korrupt genannt worden sei.

vgl. PPP 28.7., FEER 4.8.

Umstrittenes Pressegesetz in Kraft

Gegen den Willen König Sihanouks und die Bedenken internationaler Organisationen ist das kambodschanische Pressegesetz in Kraft gesetzt worden. Das Gesetz legalisiert das Vorgehen der Behörden gegen kritische Stimmen und erleichtert die Verhängung drastischer Geld- und Gefängnisstrafen gegen Journalisten. Innerhalb des letzten Jahres sind wiederholt Herausgeber und Redakteure angeklagt und in zwei Fällen ermordet worden (vgl. SOAI 1+/95).

vgl. SZ 2.9.; PPP 28.7.

